



Der Kampf gegen die Menschheitskrisen

Corona und Klima meistern – wie passt das zusammen?
Die Maßnahmen unterscheiden sich grundlegend

Von Prof. Dr. Sonja Peterson



Im Frühjahr 2019 waren das dominierende gesellschaftliche und politische Thema die notwendige Reduktion von Treibhausgasen und das deutsche Klimapaket. Im Frühjahr 2020 sind es die Reduktion von Corona-Infektionen und das Corona-Konjunkturpaket gewesen. Beide Male geht es um Menschheitskrisen, die Klimakrise und die Coronakrise. Die Maßnahmen, um diese zu bekämpfen, sind allerdings grundlegend unterschiedlich.

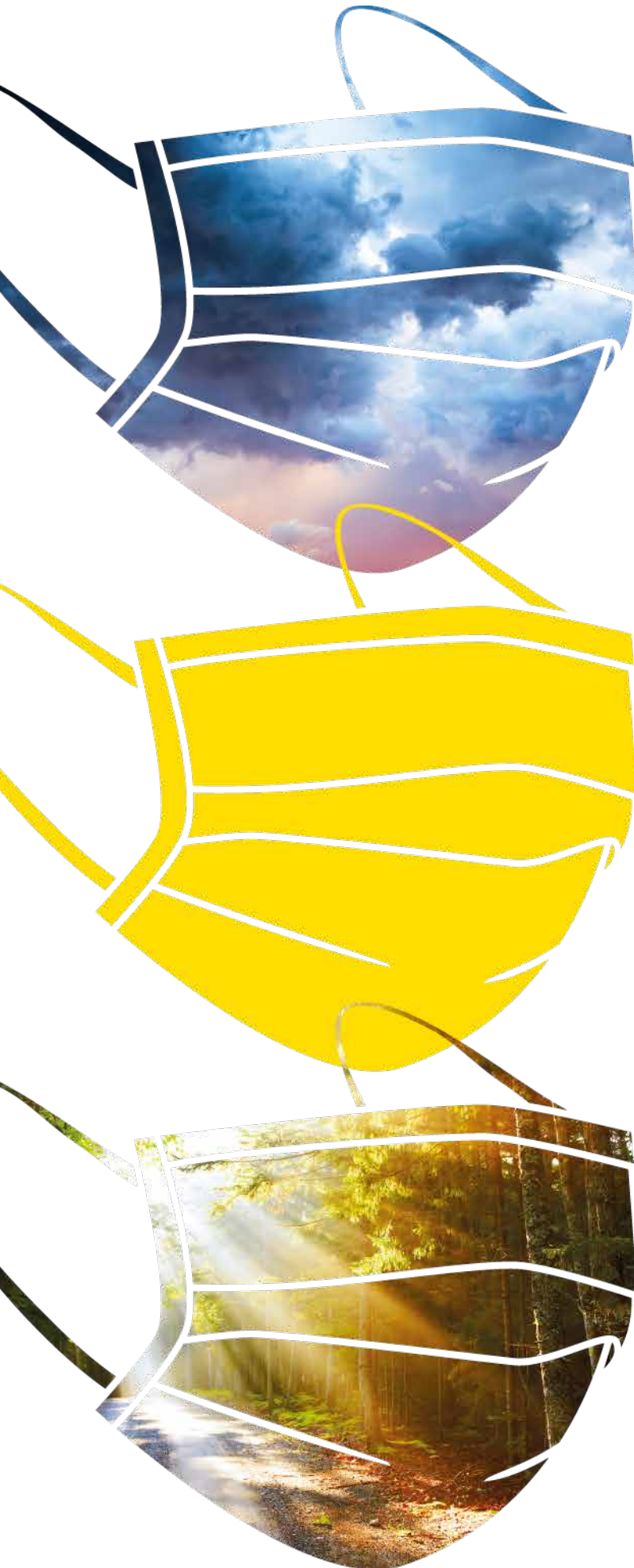
Die drastischen Maßnahmen, um die sozialen und ökonomischen Aktivitäten einzuschränken und so die Ausbreitung des Coronavirus zu kontrollieren, waren nur unter der Prämisse möglich, dass es sich um vorübergehende Maßnahmen handelt. Die Folgen davon kann keine Gesellschaft und Wirtschaft längerfristig tragen. Vielmehr galt es, die ex-

ponentielle Ausbreitung des Virus zu durchbrechen und die Zeit zu nutzen, um Intensivkapazitäten im Gesundheitssystem aufzubauen und mehr über das Virus, seine Verbreitung und den Umgang damit zu lernen. Die weiterhin geltenden Einschränkungen dienen dazu, die Zeit zu überbrücken, bis Medikamente und ein Impfstoff gefunden werden. Danach sind auch sie überflüssig.

Der temporäre Effekt

Das politische Entscheidungsproblem der Klimakrise ist vollkommen anders. Natürlich gibt es auch Unsicherheiten bezüglich der Funktionsweise des Klimasystems, nicht zu sprechen von der begrenzten Fähigkeit, solide die Folgen des Klimawandels ökonomisch und gesellschaftlich zu bewerten. Allerdings ist der Kern des Problems seit Dekaden bekannt

und die Weltgemeinschaft hatte prinzipiell Zeit, sich der Herausforderung zu stellen. Auch wenn sie dabei schwerlich erfolgreich war, so existiert doch ein weitreichender Konsens, wie die Antwort lautet. 189 Vertragsparteien (188 Länder sowie die Europäische Union) haben mittlerweile das Klimaabkommen von Paris ratifiziert, das in Artikel 2 festlegt, dass „der Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen ...“. Diese Ziele zu erreichen, erfordert strukturellen Wandel hin zu einer treibhausgas-neutralen und dann sogar netto negativen Wirtschaft und Gesellschaft. Da die derzeitige Forschung wenig Hoffnung auf eine wirksame und nebenwirkungsfreie „Impfung“



in Form etwa von Climate Engineering macht, müssen die Maßnahmen und Anstrengungen dauerhaft wirken – und nicht nur wie der Lockdown temporär.

Die Frage ist, ob die Coronakrise in irgendeiner Art und Weise dazu beitragen kann, den für die Bewältigung der Klimakrise notwendigen Pfad des Strukturwandels zu befördern. Als erstes fällt der durch die weltweiten Lockdown-Maßnahmen bedingte Emissionsrückgang ins Auge. Wie auch die Finanzkrise in 2009, die laut Daten der Internationalen Energieagentur (IEA) zu einem Rückgang der globalen CO₂-Emissionen aus der Verbrennung fossiler Energie um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr geführt hat, wird auch die Coronakrise die globalen CO₂-Emissionen verringern. Studien gehen für 2020 von einer Reduktion um 5 bis 6 Prozent gegenüber 2019 aus. Abgesehen davon, dass selbst dies noch weit entfernt ist von der für die Erreichung der Ziele von Paris notwendigen Halbierung der Emissionen in den nächsten 10 bis 15 Jahren, ganz zu schweigen vom Ziel der CO₂-Neutralität bis zur zweiten Hälfte des Jahrhunderts, handelt es sich hierbei um einen Effekt, der so temporär ist wie die Lockdown-Maßnahmen selbst. Auch eventuell dauerhaft mehr Homeoffice und mehr Videokonferenzen werden nur vernachlässigbare Effekte haben, zumal es vielleicht auch mehr Bedenken bei der Benutzung des ÖPNV gibt. Insgesamt ist klar: Ohne weitreichende Klimapolitik wird der globale Emissionspfad wie schon nach der Finanzkrise schnell wieder nach oben zeigen.

Der Sinn von Konjunkturpaketen

Die zweite Hoffnung, die Coronakrise könne auch zur Bewältigung der Klimakrise beitragen, liegt in den Konjunkturpaketen, die jetzt überall geschnürt werden. Früh schon gab es noch unkonkrete Empfehlungen, etwa von der Leopoldina, dass der Erholungsprozess nach Corona „grün“ und nachhaltig gestaltet werden muss. Konkret gibt es Checklisten, etwa von der Weltbank, was es dabei zu beachten gilt. Wenig überraschend, und ohne solche sinnvollen Checklisten im Blick, wird die Coronakrise von allen Seiten vereinnahmt, um eigene Lieblingsreformen zu begründen, ob sie nun einen echten Bezug zu Corona haben oder nicht. Dass

hierbei auch generell sinnvolle Dinge gefordert werden, sei dahingestellt. Zielführend sind die wenigsten Vorschläge.

Ein wichtiger Schritt hierfür wäre anzuerkennen, dass ein Konjunkturpaket in erster Linie die akuten Folgen der Coronakrise für Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger adressieren sollte und auf die Auswirkungen auf Arbeitsplätze und ökonomische Aktivität fokussiert ist. Maßnahmen sollten vor allem schnell wirken sowie zielgerichtet und befristet sein. Trotzdem sollten Konjunkturpakete längerfristige Aspekte wie den für die Erreichung der Emissionsziele nötigen Strukturwandel berücksichtigen. In dem Sinne sollte geprüft werden, welche generell sinnvollen klimapolitischen Investitionen und Maßnahmen gleichzeitig kurzfristigen Stimulus bedeuten und daher vorgezogen werden können. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Senkung der EEG-Umlage oder der Stromsteuer, die eine auf erneuerbarem Strom basierte Emissionsreduktion im Transportsektor und in Teilen der Industrie fördern. Auch Investitionen in die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden können Konjunktur- und Emissionsreduktionen befördern. Beide Komponenten sind daher zu Recht Teil des deutschen Konjunkturpakets. Daneben sollte es natürlich auch keine klimapolitisch kontraproduktiven Anreize geben, wie etwa eine Abwrackprämie, deren generelle Eignung die Folgen der Coronakrise zu adressieren bezweifelt werden darf.

Darüber hinaus ist es vor allem wichtig, dass CO₂-Preise Investitionsströme in der Erholungsphase lenken und automatisch und

technologieneutral Anreize für CO₂-arme Konsum- und Produktionsentscheidungen setzen. Existierende und geplante Klimapolitiken, die Anreize für Emissionsreduktionen und technologische Innovationen setzen, dürfen also nicht angetastet oder geschwächt werden. Dies beinhaltet sowohl die geplanten deutschen CO₂-Preise im Wärme- und Transportsektor als auch die geplanten Reformen und Erweiterungen des EU-Emissionshandels im Licht des europäischen Grünen Deals.

Der CO₂-Preis im Zentrum

Insgesamt hat die Coronakrise nichts daran geändert, wie eine effiziente und effektive Klimapolitik aussieht. Hier auf Kurs zu bleiben, ist unabhängig von Corona oberstes Gebot. Ein CO₂-Preis – zunehmend alle Sektoren umfassend und zunehmend länderübergreifend – sollte dabei im Zentrum stehen. Er gewährleistet nicht nur für die direkte Post-Corona-Phase, dass in CO₂-arme und neutrale Technologien investiert wird und dort Emissionen eingespart werden, wo dies am günstigsten ist. Daneben sind staatliche Investitionen in die notwendige Infrastruktur für den Strukturwandel (etwa in ÖPNV oder den Ausbau der Elektrizitätsnetze) sowie Unterstützung für die Erforschung, Entwicklung und die Einführung emissionsparender Technologien notwendig. All dies hat meist wenig kurzfristige Wirkung auf die Konjunktur. Wenn jetzt etwa in Deutschland unter dem Corona-Mantel solche Maßnahmen wie stärkere Finanzierung des ÖPNV, Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Mobilität oder die Förderung der Wasserstofftechnologie möglich werden, ist dies natürlich zu begrüßen.

Sauberer wäre es, das eine vom anderen zu trennen: Corona-Konjunkturpakete und klimapolitische Maßnahmen.

Fazit: Die kurzfristigen Emissionsrückgänge durch die Corona-Maßnahmen sind nur ein Strohfeuer. Notwendig ist ein langfristiger Strukturwandel hin zu treibhausgasneutralen Konsum- und Produktionsmustern. Unabhängig von der Coronakrise ist hierfür in erster Linie eine konsequente CO₂-Bepreisung notwendig, die gleichzeitig dafür sorgt, dass private und staatliche Investitionen im Zuge der Erholungs- und Aufholprozesse nach Corona entsprechend gelenkt werden. Daneben sind weitere Begleitmaßnahmen, wie etwa eine Reform der Energiebesteuerung und staatliche Investitionen in für den Strukturwandel notwendige Infrastruktur sowie Forschung und Entwicklung, notwendig. Hier gibt es einige Maßnahmen, die sich sinnvoll mit einem Corona-Konjunkturpaket verbinden lassen. Andere werden unter dem Corona-Etikett politisch machbar, erfüllen aber nicht die wichtigsten Kriterien für Konjunkturpakete (schnell wirksam, zielgerichtet und befristet). Im Kern gilt: Die richtige Klimapolitik nach Corona sieht nicht anders aus als die vor Corona und sollte weiterhin hohe Priorität genießen. Die Klimakrise mag nicht so kurzfristig spürbar sein wie die Coronakrise, ist jedoch nicht weniger ernst zu nehmen.

Prof. Dr. Sonja Peterson ist Senior Researcher im Research Center „Umwelt und Natürliche Ressourcen“ des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel.

IMPRESSUM

Verantwortung

Das Magazin für Nachhaltigkeit, CSR und innovatives Wachstum

REDAKTION Gabriele Kalt (verantwortlich), Oliver Kauer-Berk /
redaktion@verantwortung-initiative.de
ART DIRECTOR Rodolfo Fischer Lückert / art@verantwortung-initiative.de
HERAUSGEBER Dr. Gero Kalt

VERLAG F.A.Z.-Institut für Management-, Markt- und Medieninformationen GmbH,
Frankenallee 71–81 / 60327 Frankfurt am Main
Geschäftsführer: Dr. Gero Kalt / Hannes Ludwig



BEIRAT Professor Dr. René Schmidpeter / Center for Advanced Sustainable Management (CASM) / M3TRIX GmbH
PROJEKTMANAGEMENT / ANZEIGEN
Angela Markovic (Leiterin Marketing) / Telefon: (069) 75 91-11 33 /
anzeigen@verantwortung-initiative.de
Barbara Schulik (Manager Kommunikation / Vertrieb) / Telefon: (069) 75 91-30 83 /
anzeigen@verantwortung-initiative.de
DRUCK Boschen Offsetdruck GmbH, Frankfurt am Main / www.boschendruck.de
LITHOS Satzkontor GmbH / Obertshausen / www.satzkontor.de
INTERNET www.verantwortung-initiative.de
ABONNEMENT Bezugspreis für das Jahresabonnement: 60,- Euro, Erscheinungsweise:
vierteljährlich; Bestellung und Service / verlag@verantwortung-initiative.de
ISSN 2365-6875

VERARBEITUNG Mit Ökofarben auf umweltfreundlichem Papier gedruckt.
Dieses Magazin wurde klimaneutral hergestellt.
Der CO₂-Ausstoß wurde durch Klimaschutzprojekte kompensiert.